

**DEPARTEMENT
BAU, VERKEHR UND UMWELT**
Abteilung Tiefbau

Stand 15.10.2018

Allgemeine Vertragsbedingungen für Dienstleistungen

1. Sorgfalts- und Treuepflicht sowie Vertraulichkeit

1.1 Der Beauftragte wahrt die Interessen des Auftraggebers nach bestem Wissen und unter Beachtung des allgemein anerkannten Wissenstands seines Fachgebiets.

1.2 Der Beauftragte vermeidet Kollisionen mit eigenen Interessen oder mit solchen Dritter. Der Beauftragte informiert den Auftraggeber umgehend und unaufgefordert über mögliche Konfliktpunkte.

1.3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, weder Dritten Vorteile irgendwelcher Art direkt oder indirekt anzubieten, noch für sich oder andere direkt oder indirekt Geschenke entgegenzunehmen oder sich sonstige Vorteile zu verschaffen oder versprechen zu lassen.

1.4 Der Auftraggeber und der Beauftragte behandeln alle Tatsachen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Vertraulichkeitspflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses bestehen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten.

2. Informations- und Abmahnungspflicht des Beauftragten

2.1 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und holt insbesondere alle erforderlichen Vorgaben ein. Er zeigt sofort alle Umstände schriftlich an, welche die vertragsgemässe Erfüllung gefährden könnten. Lassen sich auf Grund der Bearbeitung Veränderungen in noch zu bearbeitenden Phasen oder Teilphasen erkennen, so meldet dies der Beauftragte umgehend schriftlich dem Auftraggeber.

2.2 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber umgehend schriftlich über erkennbare Abweichungen vom vereinbarten Bearbeitungsaufwand sowie über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der vereinbarten Leistungen angezeigt erscheinen lassen (z. B. neue Konstruktionsart, neuartige Arbeitsabläufe oder neue Werkstoffe).

2.3 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber schriftlich, wenn 80 % der Honorarsumme einer Phase erreicht sind.

2.4 Der Beauftragte hat den Auftraggeber auf Folgen seiner Weisungen, insbesondere hinsichtlich Termine, Qualität und Kosten, aufmerksam zu machen und unzweckmässige Anordnungen und Begehren abzumahnern. Abmahnungen hat der Beauftragte in Schriftform vorzunehmen.

3. Planergemeinschaft

3.1 Änderungen im Bestand und in der Zusammensetzung einer Planergemeinschaft bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung durch den Auftraggeber. Die im Innenverhältnis der Planergemeinschaft vereinbarten Regelungen über die Beitragsleistungen sowie den Anteil an Gewinn und Verlust wirken nicht gegenüber dem Auftraggeber.

3.2 Die Mitglieder der Planergemeinschaft erklären sich bereit, dass die einfache Gesellschaft im Falle des Ausscheidens eines einzelnen Gesellschafters und im Einverständnis mit dem Auftraggeber weitergeführt wird. Die Anwendung von Art. 536 OR (Konkurrenzverbot) wird wegbedungen.

4. Beizug Dritter zur Vertragserfüllung

4.1 Der Beizug von Dritten für die Vertragserfüllung bedarf der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

4.2 Die vom Beauftragten zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten gelten in jedem Falle als dessen Hilfspersonen im Sinne von Art. 101 OR. Die Zustimmung oder Kenntnissnahme des Auftraggebers zum bzw. vom Beizug von Dritten lässt die Haftung des Beauftragten aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag unberührt. Art. 399 OR wird ausdrücklich wegbedungen.

4.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, einzelne im Leistungsbeschrieb enthaltene Arbeiten oder Leistungen teilweise oder gänzlich durch Dritte ausführen zu lassen. Die daraus resultierende Minderleistung ergibt für den Beauftragten keinen Anspruch auf eine Entschädigungsforderung.

4.4 Bei Zahlungsschwierigkeiten des Beauftragten, bei schwerwiegenden Differenzen zwischen dem Beauftragten und Dritten oder bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe kann der Auftraggeber, nach vorheriger Anhörung der Beteiligten, die Dritten direkt bezahlen oder den Betrag auf Kosten des Beauftragten hinterlegen, beides mit befreiender Wirkung gegenüber dem Beauftragten. In jedem Fall gibt der Auftraggeber dem Beauftragten davon schriftlich Kenntnis.

5. Vertretungsbefugnis

5.1 Inhalt und Umfang der Vertretungsbefugnisse des Beauftragten richten sich nach dem Vertrag. Im Zweifelsfall hat der Beauftragte die Weisungen des Auftraggebers einzuholen für alle rechtsgeschäftlichen Vorkehren sowie für Anordnungen, die terminlich, qualitativ oder finanziell wesentlich sind.

5.2 Der Beauftragte ist grundsätzlich nicht befugt, gegenüber Dritten für den Auftraggeber verbindliche rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben.

5.3 Wichtige Verhandlungen mit den anderen Abteilungen des Departements Bau, Verkehr und Umwelt und den übrigen Verwaltungsstellen haben grundsätzlich durch den Auftraggeber zu erfolgen. Für den Verkehr mit politischen Behörden und staatlichen Kommissionen, Verhandlungen mit Dritten, die Orientierung der Medien usw. hat der Beauftragte das Einverständnis des Auftraggebers einzuholen.

5.4 Über Verhandlungen und Korrespondenz mit Dritten ist der Auftraggeber durch Aktennotiz und Briefkopie zu orientieren.

5.5 Zur Abwehr von Schaden und Gefahr ist der Beauftragte, in dringlichen Fällen auch ohne Einholung des Einverständnisses des Auftraggebers, befugt und verpflichtet, sämtliche angemessenen Massnahmen zu ergreifen bzw. anzuordnen.

5.6 Der Beauftragte ist verpflichtet, Mitteilungen und Erklärungen Dritter (Behörden, Unternehmer, Spezialisten usw.), welche das Auftragsziel tangieren (z. B. Mitteilungen zu den vereinbarten Qualitäts- und Risikoschwerpunkten, geschäftliche Schwierigkeiten der Vertragspartner, damit verbundene Begehren von Dritten, Preisänderungsbegehren, Abmahnungen u.a.m.), unverzüglich an den Auftraggeber weiterzuleiten.

5.7 Enthalten die übertragenen Leistungen eine Bauleitungsaufgabe, hat der Beauftragte die Bauleitung im Sinne von Art. 33ff. Norm SIA 118 sowie im Rahmen und Sinne des vom Auftraggeber mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrags wahrzunehmen. Davon ausgeschlossen sind die nachstehenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen, welche sich der Auftraggeber gegenüber dem Unternehmer in jedem Fall ausdrücklich vorbehält:

- Vertragsänderungen, die keine Beststellungsänderung sind
- Beststellungsänderungen, die in terminlicher, qualitativer sowie finanzieller Hinsicht wesentlich sind
- Erklärungen über das Vorliegen von Mängeln im Zusammenhang mit Abnahmen und Teilabnahmen
- Abschliessende Anerkennung von Ausmassen, Regierapporten sowie Genehmigung der Schlussabrechnung nach Prüfung durch die Bauleitung
- Einforderung und Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen und Konventionalstrafen

5.8 Im Rahmen von Bauleitungsaufgaben ist der Beauftragte befugt, einmalige und in sich abgeschlossene Leistungen und Lieferungen im Rahmen des Kostenvoranschlags bis zu CHF 5'000.- im Einzelfall (exkl. MWST) selbstständig zu vergeben. Der Auftraggeber ist über die Bestellung umgehend zu orientieren.

6. Vertragsänderungen

6.1 Der Auftraggeber kann die Änderung von vereinbarten Leistungen verlangen.

6.2 Die Änderungen der Leistungen sowie die erforderlichen Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden in jedem Falle vor der Inangriffnahme weiterer Bearbeitungsschritte geklärt und schriftlich in einem Nachtrag zu diesem Vertrag vereinbart. Eine allfällige Anpassung des Honorars berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage zuzüglich Teuerung, sofern eine Teuerungsanpassung vertraglich vereinbart ist.

6.3 Der Auftraggeber entschädigt den Beauftragten für ausgewiesene und freigegebene Leistungen, die vor der Beststellungsänderung anfielen und durch diese nutzlos wurden.

6.4 Allfällige Zusatzaufträge, die im Zusammenhang mit dem Hauptauftrag stehen, im Vertrag aber nicht enthalten sind, sind vom Beauftragten auf der Basis des Vertrags zu offerieren. Ein im Hauptauftrag festgelegter Rabatt gilt auch für alle Zusatzaufträge.

7. Schlüsselpersonen

7.1 Schlüsselpersonen des Beauftragten, die für das vorliegende Projekt verantwortlich sind, können nach Vertragsabschluss nur mit Zustimmung des Auftraggebers und nur durch gleich qualifizierte Personen in ihrer Funktion ersetzt werden.

8. Weisungsrecht des Auftraggebers

8.1 Der Auftraggeber hat das Recht, dem Beauftragten im Rahmen der Vertragsabwicklung Weisungen zu erteilen. Beharrt der Auftraggeber trotz schriftlicher Abmahnung des Beauftragten schriftlich auf

seiner Weisung, ist der Beauftragte für deren Folgen gegenüber dem Auftraggeber nicht verantwortlich.

8.2 Erteilt der Auftraggeber Dritten in Ausnahmefällen direkte Weisungen, so orientiert er den Beauftragten ohne Verzug.

8.3 Beharrt der Auftraggeber trotz Abmahnung darauf, Sicherheitsregeln nicht einzuhalten, kann der Beauftragte, um seine Haftung auch gegenüber Dritten auszuschliessen, sein Mandat niederlegen. Eine Schadenersatzpflicht gegenüber dem Auftraggeber wegen Kündigung zur Unzeit ist diesfalls ausgeschlossen.

9. Vergütung

9.1 Bei Leistungen im Planerbereich richten sich die zulässigen Vergütungen (Honorar und Nebenkosten) nach den vertraglich vereinbarten Ansätzen sowie der Zuordnung der Qualifikationskategorien gemäss KBOB und SIA. Grundlage der Teuerungs-berechnung bildet die SIA Norm 126 "Preisänderung infolge Teuerung bei Planerleistungen".

9.2 Zusätzliche Leistungen (Erweiterung des Auftrags) werden nur vergütet, wenn sie vom Auftraggeber auf Basis einer Offerte bestellt wurden. Die Honorierung erfolgt in der Regel für den effektiven Zeitaufwand anhand der offerierten Ansätze und der vom Bauherrn genehmigten Einstufung der Mitarbeiter in Qualifikationskategorien. Im gegenseitigen Einvernehmen ist auch die Vereinbarung einer Globale möglich.

9.3 Bei vom Bauherrn angeordneter Nacht- und Sonntagsarbeit im Zeitaufwand wird der arbeitsgesetzlich geschuldete Lohnzuschlag entschädigt. Der Lohnzuschlag wird auf 60 % der vertraglich vereinbarten Stundenansätze (durchschnittlicher Lohnanteil an den Stundenansätzen) gewährt. Vom Beauftragten sind bei der Rechnungsstellung die Nachweise für die Auszahlung der Lohnzuschläge an seine Mitarbeitenden beizubringen.

9.4 Bei Vergütungen mit Festpreis und in Prozenten der Baukosten wird nur Nacht- und Sonntagsarbeit entschädigt, welche bei Vertragsabschluss nicht voraussehbar war.

9.5 Nebenkosten (Reise- und Dokumentationskosten) sind separat auszuweisen. Die in Rechnung gestellten Kosten sind so zu belegen, dass Datum, Lieferadresse, Plannummer, Stückzahl und Format ersichtlich sind.

9.6 Dokumentationskosten für Plankopien und sonstige Dokumente wie Broschüren und Berichte, welche zur Dokumentation von Planerleistungen oder eines erstellten Bauwerks dienen, über das übliche Mass hinausgehen und durch den Auftraggeber zusätzlich bestellt werden, werden dem Beauftragten gemäss nachgewiesenem Aufwand vergütet.

9.7 Arbeitskopien und Büroexemplare werden nicht entschädigt.

9.8 Übliche Nebenkosten des Beauftragten wie Telefon, Handy, Fax, Porti, Computerinfrastruktur, Versicherungen oder Kosten für Baustellenbüros sind im vereinbarten Honorar einzurechnen.

9.9 Bürointerne Arbeiten, die kein Teil der Planungs- oder Bauleistungen sind, z. B. die Erstellung von Honorarrechnungen, sind nicht verrechenbar.

9.10 Vergütung von Reisekosten nach Aufwand

Vergütung Fahrspesen private Verkehrsmittel

- Fahrten innerhalb des Lokalrayons (= 10 km ab Bürodomizil) dürfen nicht verrechnet werden.
- Für Fahrten ausserhalb des Lokalrayons (= 11 km ab Bürodomizil) beträgt die Entschädigung CHF –.60 (exkl. MWST) je Fahrkilometer.
- Der Ansatz für Spezialfahrzeuge oder Fahrzeuge mit besonderen Einrichtungen muss vor der Rechnungsstellung ausdrücklich vereinbart werden.

Vergütung Fahrspesen öffentliche Verkehrsmittel

- Für Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist Halbpreis 2. Klasse zu verrechnen.

Vergütung Hauptmahlzeit und Übernachtung

- Für eine auswärts einzunehmende Hauptmahlzeit können Spesen von CHF 25.– (exkl. MWST) verrechnet werden. Übernachtungen werden in der Regel nicht entschädigt.

9.11 Die Rechnungsstellung für die gesamten Leistungen (inkl. Nebenkosten) erfolgt in der Regel pro Teilphase. Für Teilphasen mit einer Bearbeitungszeit von mehr als 3 Monaten müssen mindestens quartalsweise Abschlagszahlungen mit den erforderlichen Leistungsausweisen und Belegen in Rechnung gestellt werden. Weitere Vorgaben werden durch die Vertragsurkunde definiert.

Bei Rechnungsstellung mehr als ein Jahr nach der Leistungserbringung erhebt der Auftraggeber eine Konventionalstrafe für seinen Zusatzaufwand aufgrund der unzeitgemässen Rechnungsstellung in Höhe von 10 % des Rechnungsbetrags.

9.12 Der Beauftragte kann keinen Anspruch darauf erheben, für die volle Honorarsumme Arbeiten zu leisten.

9.13 Der Beauftragte hat Anspruch auf Vergütung von maximal 90 % der vertragsgemäss erbrachten Leistungen pro Phase. Mit Abgabe der Projektdokumentation und Eintreffen der Schlussabrechnung pro Phase beim Auftraggeber wird das restliche Honorar für die erbrachten Leistungen zur Zahlung fällig. Bei Leistungen im Zeitaufwand hat der Beauftragte Anspruch auf Vergütung von 100 % der von ihm nachgewiesenen Leistungen.

9.14 Die Mehrwertsteuer ist im Vertrag und in allen Abrechnungen offen auszuweisen. Sie ist zu dem im Zeitpunkt der Leistungserbringung aktuellen Satz

zusätzlich zu den Honoraren, Nebenkosten und vereinbarten Vergütungen von Drittleistungen durch den Auftraggeber zu bezahlen

9.15 Die Rechnungen werden innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt beglichen.

9.16 Die Überschreitung einer vereinbarten Vertragssumme geht zulasten des Beauftragten, es sei denn, der Auftraggeber hätte einer Bestellungsänderung schriftlich zugestimmt oder Mehrkosten aus anderen Gründen zu vertreten.

9.17 Leistungen, die bei Vertragsabschluss noch nicht abschliessend definiert werden können, werden im Vertrag als solche bezeichnet. Insbesondere handelt es sich dabei um Leistungen, die in späteren Phasen oder Teilphasen zu erbringen sind. Über Inhalt und Umfang dieser Leistungen sowie deren Vergütung und Berechnungsbasis einigen sich der Auftraggeber und der Beauftragte anhand der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage vor deren Ausführung schriftlich in einem Nachtrag zum Vertrag.

9.18 Bei Mehrkosten und/oder Kostenüberschreitungen, die durch den Beauftragten zu vertreten oder durch diesen verschuldet sind, behält sich der Auftraggeber vor, entsprechende Abzüge am Honorar vorzunehmen. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben in jedem Fall vorbehalten.

9.19 Hat der Beauftragte das Entstehen grösserer Mängel mit oder alleine zu verantworten, kann der Auftraggeber einen Rückbehalt maximal im Umfang der geschätzten Mängelbehebungskosten und des geschätzten Schadens machen. Der Auftraggeber kann auch dann die Bezahlung von Rechnungen verweigern, wenn der Beauftragte den Nachweis einer Versicherungsdeckung im Umfang des geltend gemachten Anspruchs erbringt.

9.20 Die Finanzkontrolle Aargau behält sich vor, die Schlussrechnung auch nach der Zahlungsanweisung durch den Auftraggeber formell und materiell zu prüfen und nötigenfalls zu korrigieren.

10. Sicherheitsvorschriften

10.1 Der Beauftragte hält sämtliche erforderlichen Sicherheitsvorschriften ein.

10.2 Der Auftraggeber behält sich in jedem Fall das Recht vor, bei groben oder wiederholten Pflichtverletzungen durch den Beauftragten die sofortige Einstellung der Arbeiten zu veranlassen.

10.3 Zieht der Beauftragte zur Vertragserfüllung Dritte bei, hat er diese zu verpflichten, die vorgenannten Grundsätze ebenfalls einzuhalten.

11. Haftung des Beauftragten

11.1 Der Beauftragte haftet bei Verletzung seiner Sorgfalts- und Treuepflicht, für die Nichtbeachtung

oder Verletzung anerkannter Regeln seines Fachgebietes, bei mangelnder Koordination oder Beaufsichtigung, bei ungenügender Veranschlagung und Überwachung der Kosten inkl. Prüfung von Unternehmerrechnungen sowie bei Verlust von Mängelrechten gegenüber dem mit der Bauausführung beauftragten Unternehmer. Bei Kosteninformationen darf der Auftraggeber unter Berücksichtigung des Genauigkeitsgrades auf die Richtigkeit der Gesamtsumme und der Angaben für Bauteile vertrauen.

11.2 Ungenügende bzw. fehlerhafte Unterlagen werden vom Auftraggeber zur unentgeltlichen Überarbeitung zurückgewiesen. Allfällig entstehende Aufwendungen des Auftraggebers oder von Dritten können dem Beauftragten in Rechnung gestellt werden.

11.3 Die Geschäftsherrenhaftung für beigezogene Dritte beschränkt sich auf die gehörige Instruktion und Überwachung des Dritten, sofern der Auftraggeber den Beizug des Dritten entgegen der Abmahnung des Beauftragten verlangt.

11.4 Der Auftraggeber ergreift rechtzeitig alle zumutbaren Massnahmen, die geeignet sind, der Entstehung oder Vergrösserung eines Schadens entgegenzuwirken. Erhebt er gegenüber einem oder mehreren Unternehmern oder Lieferanten ausnahmsweise direkt Mängelrügen, so teilt er dies dem Beauftragten unverzüglich schriftlich mit.

11.5 Wenn ein Schaden, für den der Beauftragte haftet, durch Dritte mitverursacht wurde, wahrt der Auftraggeber seine Rechte gegenüber sämtlichen Verursachern, so dass der haftbare Beauftragte nach Bezahlung des Schadens auf sämtliche Mitverursacher Rückgriff nehmen kann.

12. Arbeitsunterbruch

12.1 Durch den Auftraggeber angeordnete Arbeitsunterbrüche geben dem Beauftragten keinen Anspruch auf zusätzliche Entschädigung bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten.

12.2 Bedingt der Unterbruch bei Wiederaufnahme der Arbeiten eine Überarbeitung bestehender Grundlagen oder werden in anderer Weise Mehraufwendungen notwendig, sind diese zusätzlichen Leistungen und deren Vergütung vor deren Inangriffnahme zwischen den Parteien schriftlich zu vereinbaren.

13. Verjährung / Rügefristen

13.1 Ansprüche aus dem Vertrag verjähren unter Vorbehalt von Ziffer 12.2 hiernach innert 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der schädigenden Handlung. Für Gutachten beginnt die Frist mit deren Ablieferung zu laufen.

13.2 Ansprüche aus Mängeln des unbeweglichen Bauwerks verjähren innert 5 Jahren. Die Frist beginnt mit der Abnahme des Werks bzw. des Werkteils zu laufen.

13.3 Mängel sind grundsätzlich innert 60 Tagen seit Entdeckung zu rügen. Plan- und Berechnungsmängel, die zu einem Mangel eines unbeweglichen Werks bzw. Werkteils führen, kann der Auftraggeber indessen während der ersten zwei Jahre nach dessen Abnahme jederzeit rügen. Nach Ablauf dieser Frist sind die Mängel innert 60 Tagen nach der Entdeckung zu rügen.

14. Urheberrecht und Veröffentlichungen

14.1 Das Urheberrecht verbleibt beim Beauftragten.

14.2 Dem Auftraggeber steht das unentgeltliche, unwiderrufliche und nicht ausschliessliche Recht zu, die Arbeitsergebnisse des Beauftragten zur Vollen- dung des Projekts für seine Bedürfnisse frei zu verwenden. Macht der Auftraggeber von diesem Recht ohne Berücksichtigung des Beauftragten Gebrauch, steht diesem das Recht auf Bezahlung des in diesem Zeitpunkt geschuldeten Honorars zu, soweit vom Auftraggeber anerkannt. Soweit der Honoraranspruch streitig ist, hat der Auftraggeber diesen zu hinterlegen oder anderweitig sicher zu stellen.

14.3 Das Abänderungsrecht des Auftraggebers bezüglich der Arbeitsergebnisse des Beauftragten gilt in begründeten Fällen bereits während der Planungsphase. Das Gleiche gilt für den Fall, dass der Vertrag vorzeitig aufgelöst wird, sofern der Auftraggeber nicht selbst den Grund für die Vertragsauflösung zu vertreten hat.

14.4 Die Veröffentlichung von Unterlagen und Dokumenten, welche vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt oder vom Beauftragten für das Objekt erarbeitet werden, ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gestattet.

Dem Beauftragten steht das Recht zu, bei Veröffentlichungen des Auftraggebers oder Dritter als Urheber genannt zu werden, sofern ihm ein Urheberrecht zusteht.

15. Pläne und Dokumente

15.1 Auf Verlangen übergibt der Beauftragte dem Auftraggeber alle aufgrund des Vertragsverhältnisses erarbeiteten Unterlagen in Papierform und in digitaler Form.

15.2 Nach Abschluss der einzelnen Projektphasen hat der Beauftragte dem Auftraggeber die Projektdokumentation, wie die Originalpläne, die Dokumente sowie die elektronischen Daten in den gängigen und für die weitere Arbeit nutzbaren Formaten mit einer Übersichtsliste abzugeben.

15.3 Der Beauftragte, bzw. jedes Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft, bewahrt alle Dokumente und Unterlagen, welche einen Bezug zu diesem Vertrag aufweisen (wie Unterlagen zu den Entscheidungsschritten und Dokumente des ausgeführten Bauwerks, seien dies Pläne, Skizzen, Berechnungen, Werkverträge, Bestellungen, Korrespondenzen, Abrechnungsunterlagen, Datenträger usw.), während mindestens 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Vertragsbeendigung im Zustand der Erstellung kostenlos auf.

16. Vorzeitige Beendigung des Vertrags

16.1 Art. 377 OR wird wegbedungen.

16.2 Die Parteien können aus wichtigen Gründen jederzeit entschädigungslos vom Vertrag zurücktreten. Als wichtiger Grund gilt insbesondere das Auswechseln von Schlüsselpersonen seitens des Beauftragten ohne Zustimmung des Auftraggebers.

16.3 Erfolgt die Vertragsauflösung zur Unzeit, so ist die zurücktretende Vertragspartei verpflichtet, der anderen den nachgewiesenen Schaden (in keinem Fall jedoch den entgangenen Gewinn) ohne jeden Zuschlag zu ersetzen.

16.4 Es liegt keine Auflösung zur Unzeit vor, wenn der Beauftragte dem Auftraggeber oder dieser dem Beauftragten begründeten Anlass zur Vertragsauflösung gegeben hat.

16.5 Die Vertragsauflösung durch den Auftraggeber gilt nicht als unzeitig, wenn:

- Kreditgenehmigungen und Freigaben durch die Legislative, die Exekutive oder eine andere Behörde ausbleiben
- Bewilligungen ausbleiben
- Der Auftraggeber einzelne Phasen nicht auslöst
- Eine oder mehrere Schlüsselpersonen des Beauftragten, deren Mitarbeit für das Projekt wesentlich ist, in ihrer Funktion ohne Zustimmung des Auftraggebers ersetzt werden

17. Termine

17.1 Erbringt eine Partei eine vereinbarte Leistung nicht fristgemäss, kann sie von der anderen Partei durch schriftliche Mahnung in Verzug gesetzt werden. Für die mahnende Partei verschieben sich die Fristen und Termine, zu deren Einhaltung sie sich verpflichtet hat, angemessen. Weitere Ansprüche aus Verzug bleiben vorbehalten.

17.2 Verschuldet die Bauleitung terminliche Verzögerungen im Projektablauf durch eine Vernachlässigung ihrer Pflichten nach Norm SIA 118, so kann der Auftraggeber den Beauftragten für die entstehenden Kostenfolgen haftbar machen. Die geforderten Pflichten des Beauftragten sind insbesondere das rechtzeitige Einfordern von Ausmass und Rechnungen, oder die Kontrolle von Dokumenten und Abnahmen von Bauwerken oder Bauteilen.